

# Warum Deutschland ein Moratorium verlangt

Autor(en): **Fernau, Hermann**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **24 (1921-1922)**

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-748943>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## WARUM DEUTSCHLAND EIN MORATORIUM VERLANGT

Vier Jahre Krieg und Raubbau hatten den Wert der deutschen Mark im November 1918 um etwa die Hälfte vermindert. Das heißt, dass Deutschland durch den Krieg etwa die Hälfte seines früheren Reichtums und Kredits eingebüßt hatte. Hätten sich die Sieger von rein kaufmännischen (ich sage nicht humanitären) Grundsätzen leiten lassen, dann hätten sie ihre wirtschaftlichen Bedingungen so gestellt, dass wenigstens von *hier* aus ein Aufstieg möglich war. Dann wäre die Sanierung der deutschen Finanzen verhältnismäßig leicht gewesen, das Reparationsproblem hätte sich niemals zu einem unheilvollen Weltproblem entwickelt, Deutschland wäre zahlungs- und kreditfähig geblieben und die Wiedergutmachung der durch den deutschen Angriff verursachten Schäden hätte im Sinne der *Völker-Versöhnung* erfolgen können.

Leider formulierte der Versailler Vertrag die wirtschaftlichen Friedensbedingungen sozusagen als zahlenmäßigen Ausdruck des Siegertriumphs. Das Motto „le Boche paiera tout!“ mochte entschuldbar sein, solange es sich um die Galvanisierung des Kriegswillens handelte; nach erfochtenem Siege aber musste es zur Demagogie werden. Obgleich alle einsichtigen Beurteiler der Lage Deutschlands sofort den Eindruck der Unerfüllbarkeit des VIII. Teils des Vertrags (Wiedergutmachungen) hatten, wagte man doch nicht, auf dieses Schlagwort zu verzichten; das heißt: man stellte Deutschlands Zahlungspflichten nicht auf Deutschlands Zahlungsfähigkeiten, sondern auf die restlose Erfüllung jenes Schlagworts ein.

Dieser Eindruck der Unerfüllbarkeit, der sich bald zur Gewissheit verdichtete, war eine der Hauptursachen für die von nun an einsetzende unaufhaltsame Entwertung der deutschen Mark. Noch im Mai 1919 hatte die deutsche Delegation eine Gesamtreparationssumme von hundert Milliarden angeboten; aber schon im Herbst desselben Jahres wäre infolge dieser immer fortschreitenden Kursentwertung deren normale Bezahlung unmöglich gewesen.

Dann kamen die Verhandlungen von Spa und London. Deutschland verpflichtete sich zur Zahlung fester Jahresraten und zur Erhebung eines 26%igen Ausfuhrzolles (was einer jährlichen Gesamt-

leistung von rund 3,5 Milliarden Goldmark entspricht). Der neue deutsche Reichskanzler Wirth unterzeichnete dieses Ultimatum mit der ehrlichen Absicht, davon zu erfüllen, was im Bereiche der Möglichkeit lag. Aber schon die Zahlung der ersten Goldmilliarde im August 1921 bewies die vernichtende Wirkung, die dieses Abkommen auf Deutschlands Kredit und Finanzen ausübte. Denn die Beschaffung dieser ersten Goldmilliarde erforderte zum damaligen Kurs etwa 90 Papiermilliarden, die man zwar drucken, aber im Sinne der Rückzahlung nicht garantieren konnte. Dadurch entstand natürlich eine neue Entwertung der deutschen Mark. Es war klar, dass Deutschland schon mit dieser ersten Zahlung auf den Punkt gekommen war, wo es weitere Goldzahlungen nicht mehr vom Ertrag seiner Arbeit, sondern höchstens noch mit Eingriffen in seine Vermögens*substanz* leisten konnte.

Als der Dollar auf über 200 Mark in Berlin gestiegen war, wurden selbst die Nationalisten in den Ententeländern unruhig. Sie behaupteten, wie immer, die deutsche Markbaisse sei ein tückisches Manöver der deutschen Regierung, um die Gläubiger durch einen betrügerischen Bankerott zu prellen, und verlangten die Entsendung einer Prüfungskommission nach Berlin. Besagte Kommission hat zwei Wochen lang ihres Amtes gewaltet und folgendes festgestellt: Die Finanz- und Steuerpolitik der deutschen Regierung sei gegenüber den besitzenden Klassen allzu nachlässig und tolerant . . . . Der Besitz müsse schärfer angefasst werden. Deutschland übe eine Art passiver Resistenz gegen die Forderungen des Versailler Vertrags. Die Kommission behauptete zwar nicht, dass Deutschland zahlungsfähig sei, aber sie sprach die bestimmte Erwartung aus, dass Deutschland die im nächsten Januar und Februar fälligen 500 Millionen Goldmark prompt und lückenlos zahlen werde.

Unter welchen Umständen diese prompte und lückenlose Zahlung erfolgen soll, zeigt ein kurzer Blick auf Deutschlands gegenwärtige Finanzlage: Im Rechnungsjahr 1921 betrug das Defizit 161 Papiermilliarden. Beim gegenwärtigen Kursstand der deutschen Mark müssen für die Bezahlung der  $3\frac{1}{2}$  Goldmilliarden aus dem Friedensvertrag rund 200 Papiermilliarden aufgebracht werden. Für die inneren Geldbedürfnisse des Reichs verlangt das Budget alles in allem rund 150 Papiermilliarden; Gesamtbedarf also rund 350 Papiermilliarden. — Die neuen, vom Finanzminister Hermes vor-

gelegten Steuerprojekte sollen etwa 95 Milliarden einbringen (was pro Kopf der deutschen Bevölkerung jährlich 1583 Mk. ausmacht).<sup>1)</sup> Von Zöllen und sonstigen Einnahmen verspricht sich das Reich eine weitere Einnahme von etwa 25 Milliarden, so dass einem Ausgabeetat von 350 Milliarden eine Einnahme von nur 120 Milliarden gegenübersteht. Also noch nicht einmal so viel, als zur Deckung des letztjährigen Defizits notwendig wäre. — Natürlich muss die furchtbare Lücke, die hier zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft, mit immer neuen Banknoten gestopft werden. Je mehr Banknoten wir aber (ohne Deckung) drucken, um so tiefer sinkt selbstverständlich der Kurs der deutschen Mark, um so unmöglicher wird die Beschaffung der Reparationsgoldmilliarden.

Soll Deutschland trotz dieser verzweifelten Situation seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Friedensvertrag nachkommen, dann ist das, wie gesagt, nur noch möglich, wenn es seine Steuern nicht mehr allein von Arbeit und Einkommen, sondern direkt vom Besitz erhebt, also zu *Vermögensbeschlagnahmen* schreitet. Die

---

<sup>1)</sup> Von französischer Seite wird vielfach behauptet, der französische Bürger zahle verhältnismäßig höhere Steuern als der deutsche. Eine eingehende Widerlegung dieser Behauptung wäre zwar leicht, würde aber zu viel Raum beanspruchen und fällt auch nicht in den Rahmen dieses Aufsatzes. Was Deutschland angeht, so berechnet Dr. Pawlowski in seinem Buch *Der Bankrott Deutschlands* die Besteuerung einer dreiköpfigen deutschen Arbeiterfamilie mit dem sehr hohen Wochenverdienst von 500 Mk. (jährlich 26,000 Mk.) wie folgt: Einkommensteuer jährlich Mk. 1788.80. Alles was die Familie von den verbleibenden Mk. 24,211.20 kauft, ist (mit Ausnahme der Wohnungsmiete) der Umsatzsteuer unterworfen. Da die Waren meistens durch drei bis vier Hände gehen, ehe sie zum Konsumenten gelangen, wird diese Steuer vom kleinen Mann drei- bis viermal bezahlt; also etwa 2640 Mk. Umsatzsteuern. Dazu kommen die verschiedenen Verbrauchssteuern auf Zucker, Alkohol, Zündhölzer, Tabak, Salz, die Zölle auf Kaffee, Tee usw. Pawlowski setzt hiefür insgesamt 1000 Mk. im Jahr ein. Dazu kommen Posten, die sich nur schwer errechnen lassen. Zum Beispiel die Verteuerung aller Waren durch die 25—40%ige Kohlensteuer. Alles in allem kommt Pawlowski zu einer Gesamtsteuerbelastung von 9000 Mk. was mehr als ein Drittel des Gesamteinkommens dieser Arbeiterfamilie ausmacht. (Trotz dieser beispiellos hohen Besteuerung hat das Reich im letzten Jahr, wie gesagt, mit einem Defizit von 161 Milliarden gearbeitet.)

Im *Berliner Tagblatt* vom 6. Oktober berechnet Dernburg, dass jede deutsche Familie für die Balancierung des innern deutschen Reichsbudgets rund 6000 Mk. und für die Reparationen (für die er jährlich 210 Milliarden ansetzt) 16,000 Mk., zusammen also 22,000 Mk. Steuern aufbringen müsste. „Das kann kein Volk, vor allem aber keine Währung aushalten“, sagt Dernburg mit Recht.

Ententegläubiger haben ganz recht (und befinden sich darin in Übereinstimmung mit der deutschen Arbeiterschaft), wenn sie behaupten, dass sich in Deutschland noch für viele Milliarden Sach- und Goldwerte befinden (Industrieanlagen, Maschinen, Wohnhäuser, Landwirtschaftsbetriebe usw.), durch deren „schärfere Erfassung“ man der Finanznot des Reiches steuern, die Notlage der arbeitenden Klassen mildern und die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen ermöglichen könnte.<sup>1)</sup>

Die Entente sowohl wie die deutsche Arbeiterschaft übersehen dabei, dass die „Erfassung der Sachwerte“ doch nur eine gewalttätige und vorübergehende Besserung der deutschen Finanzen herbeiführen könnte. Die Gläubiger würden damit zwar die nächstfälligen Raten sichern, dafür aber ihre zukünftigen (ungleich höheren) Forderungen endgültig in den Rauchfang schreiben müssen. Kann Deutschland nicht vom Ertrag seiner *Arbeit* zahlen (das heißt durch Steuern und Zölle, die dem Bürger nicht alle Arbeits- und Erwerbsfreude rauben), dann ist es eben nach kaufmännischen Begriffen zahlungsunfähig. Das Sprichwort „Wer seine Schulden bezahlt, bereichert sich“ ist vom Versailler Vertrag insofern dementiert worden, als Deutschland durch seine Zahlungen bislang den Kurs des eigenen Geldes entwerten musste, um schließlich zur Hergabe seiner Ersparnisse und Habseligkeiten gedrängt zu werden. Das eben ist ja die trostlose Unvernunft des Versailler Vertrags, dass er den Schuldner umso ärmer und hoffnungsloser macht, je mehr dieser sich bemüht, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

---

<sup>1)</sup> Grundsätzlich ist natürlich nichts dagegen einzuwenden, wenn man die deutschen Kriegsgewinnler und Großkapitalisten nach Art der Thyssen und Stinnes zur Herausgabe ihrer unrechtmäßigen Konjunkturgewinne zwingt. Auch muss gefordert werden, dass der Besitzer von 10 Millionen prozentual mehr zahlt als der Besitzer von 10,000 Mark, und dass jene, die ihr Kapital ins Ausland „verschoben“ haben, um es dort in fremder Währung anzulegen, durch eine teilweise Beschlagnahme dafür bestraft werden. Es muss zugegeben werden, dass bislang in diesem Sinne in Deutschland so gut wie nichts geschehen ist. (Nicht einmal das Erzbergersche „Reichsnotopfer“ ist richtig erhoben worden.) Die Ententekommission hatte also recht, wenn sie der deutschen Regierung eine gewisse Nachlässigkeit in Sachen der Besitzbesteuerung vorwirft. Etwas mehr Energie des deutschen Finanzministers wäre durchaus zu begrüßen.

Aber die Beschlagnahme deutscher Auslandsguthaben und unredlicher Kriegs- oder Spekulationsgewinne ist nicht gleichbedeutend mit der geforderten „Erfassung der Sachwerte“. Jene würde nur das Spekulanten- und Schiebertum treffen, diese dagegen den soliden Besitz.

Da jede Beschlagnahme des Betriebskapitals (und um eine solche handelt es sich bei der „Erfassung der Sachwerte“) lähmend auf Industrie und Handel wirken muss, so hätte die Arbeiterschaft nur dann einen Vorteil davon, wenn sie imstande wäre, diese Beschlagnahme zur Errichtung einer sozialistischen Produktionsweise zu benutzen, die mehr und billiger als die kapitalistische produziert und trotzdem bessere Löhne zahlt. Wer bei der gegenwärtigen Milliardendefizitwirtschaft (die nicht nur aus den Forderungen des Versailler Vertrags, sondern namentlich auch aus einer Produktionsverringerung von rund 50 0/0 gegenüber der Vorkriegszeit entstanden ist) an diese Möglichkeit glaubt, der ist ein Tor. Denn wenn der Sozialismus überhaupt möglich ist, dann nur in einer Gesellschaft mit *normaler* Finanz- und Produktionswirtschaft. Jeder Versuch, die privatkapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische umzuwandeln, hat unweigerlich Störungen, Produktionsverringerungen, kurzum Misstände im Gefolge, die wir gerade jetzt am allerwenigsten brauchen können. Der Versuch, im heutigen verarmten, überschuldeten und produktionsschwachen Deutschland ein sozialistisches Wirtschaftsregime aufzurichten, müsste zu noch schlimmern Katastrophen führen als in Russland. Was wir im heutigen Deutschland am dringendsten brauchen, das ist *nicht* die Sozialisierung, sondern die *Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion* der Vorkriegszeit. Und hat nicht selbst Lenin zugeben müssen, dass ohne die Initiative des Privatkapitals eine Wiederherstellung gesunder Wirtschaftsverhältnisse undenkbar ist? Wie kann man (mit dem russischen Beispiel vor Augen) von der „Erfassung der Sachwerte“ (die doch eine empfindliche Lähmung der kapitalistischen Initiative bedeutet) eine Sanierung der deutschen Finanzen und Wirtschaftsverhältnisse erwarten?

\* \* \*

Nach knapp dreijähriger Dauer des Versailler Friedens lässt sich also feststellen, dass Deutschland im Sinne einer korrekten Vertragserfüllung zahlungsunfähig ist. Seine Zahlungsfähigkeit ließe sich zwar durch sozialistische Maßnahmen (Vermögensbeschlagnahmen, Sozialisierung der großen Industrien usw.) vorübergehend wiederherstellen. Aber eben damit würde der deutsche Totalruin nur beschleunigt werden.

Besteht die Entente auf ihrem Schein, dann treibt sie Deutschland in diesen Totalruin. Die fortschreitende Geldentwertung und Verelendung weiter Volkskreise haben schon heut eine bedenkliche Gewitterstimmung in Deutschland erzeugt. Pawlowski weist in seinem oben zitierten Buche nach, dass Deutschlands Arbeiterschaft heut von einer Produktion leben muss, die im Vergleich zur Vorkriegszeit um über die Hälfte verringert ist. Folglich lebt der deutsche Arbeiter (trotz aller Lohnerhöhungen, die durch Preissteigerungen sofort überholt werden) von der Hälfte des früheren Produktionseinkommens; und da die Zahl der deutschen Arbeiter im Vergleich zu früher nicht ab-, sondern zugenommen hat, so lebt die deutsche Arbeiterklasse heut logischerweise um die Hälfte *schlechter* als die der Vorkriegszeit. Ihr sehnlichster Wunsch wäre die Wiederherstellung ihres materiellen Wohlstandes der Vorkriegszeit. Gelänge diese Wiederherstellung, dann bliebe von den berühmten „revolutionären Energien des Proletariats“ nicht viel übrig. Leider ist daran nicht zu denken. Die gegenwärtige Entwicklung treibt zu Streiks, Plünderung und Revolution. Die Rechts- und Linksradikalen schüren das Feuer der allgemeinen Unzufriedenheit nach Leibeskräften. Je mehr wir in österreichische und polnische Finanzverhältnisse hineingleiten, desto schöner blüht ihr Weizen.

\* \* \*

Wird die Entente auf ihrem Schein bestehen? Reichskanzler Wirth hat in seiner Note vom 14. Dezember der Reparationskommission offiziell mitgeteilt, dass Deutschland die Januar- und Februarraten (rund 500 Millionen Goldmark) *nicht* zahlen könne und Zahlungsaufschub fordern müsse. Diese Note ist eine halbe deutsche Bankrotterklärung. Die Reparationskommission hat nicht ablehnend, sondern zunächst mit einigen Rückfragen geantwortet. Zur Zeit, wo ich schreibe, finden in London neue Verhandlungen der Ententechefs statt. Es heißt, Lloyd George habe die Absicht, eine ganz neue Politik einzuleiten, deren Grundgedanke eine franko-anglo-deutsche Verständigung über die Wiedergutmachung und den russischen Wiederaufbau sein soll.

Wir hoffen und wünschen, dass die Entente nicht auf ihrem Schein bestehen werde. Sonst würde der Versailler Vertrag, der doch ein Damm gegen die „rote Flut“ sein wollte, eben dieser

Flut alle Schleusen öffnen. Denn nur eine neue Revolution, nur eine aus dieser Revolution geborene, neue Regierung könnte jetzt noch jene Reparationspolitik durchführen, die der Vertrag unter Androhung von allerhand „Sanktionen“ von Deutschland fordert und die heut nur noch mit Vermögensbeschlagnahmen (also mit der Erschütterung unserer bürgerlichen Gesellschaftsordnung) möglich ist. Dass eine solche Reparationspolitik schon nach kürzester Zeit zum Schaden der ganzen Welt in sich selbst zusammenbrechen müsste, darf mit Sicherheit vorausgesagt werden.

Ein verarmtes, finanziell bevormundetes und sozialistisch regiertes Deutschland würde eine mindestens ebenso große Bedrohung unserer westeuropäischen Zivilisation sein, wie gestern das imperialistisch-militärische Deutschland. Es wäre nicht nur eine Ironie der Weltgeschichte, es wäre ein Verbrechen an Europa, wenn derselbe Vertrag, der die Notwendigkeit eines bürgerlich-demokratischen Deutschlands als Friedensgarantie proklamiert, das in seiner Mehrheit bürgerlich-demokratisch fühlende deutsche Volk heut zu sozialistisch-kommunistischen Verzweiflungsakten treiben würde.

Es gibt nur *einen* Ausweg aus der heutigen verzweifelten Situation, und wir hoffen, die maßgebenden Männer werden ihn gehen: Stundung der deutschen Reparationszahlungen; Revision des Versaillervertrags durch kaufmännische Maßnahmen, das heißt Schonung des Schuldners bis zur wiedererlangten Zahlungsfähigkeit; Herabsetzung der Schuldsomme auf das Minimum dessen, was im Bereich der Möglichkeit liegt (Streichung der Witwen- und Waisenpensionen, die von jeher nicht als „Wiedergutmachungen“, sondern als Kriegs„entschädigung“ galten, Beseitigung der militärischen Besatzungskosten, Ersatz der Goldzahlungen durch Sachleistungen, Gutschrift der annektierten deutschen Kolonien und Kabeln auf Wiedergutmachungskonto usw.).

Wenn das folgenschwere Reparationsproblem, das heut wie ein Alpdruck auf unserem armen Europa lastet, nicht im Rahmen der *bürgerlichen* Gesellschaftsordnung mit kaufmännischen Methoden gelöst wird, dann wird es die Ursache zu immer neuen Katastrophen und Unglücken werden.

BERLIN

HERMANN FERNAU

